

21. Dezember 2015

Verwaltung stellt Eckpunkte des neuen Haushaltsentwurfs 2016 vor

Braunschweig. Die Eckpunkte des überarbeiteten Haushaltsentwurfs 2016, der im März beschlossen werden soll, haben Oberbürgermeister Ulrich Markurth und Finanzdezernent Christian Geiger heute dem Rat vorgestellt. Die Gremien sollen bis spätestens Anfang Januar 2016 die wesentlichen Unterlagen erhalten, aus denen die Veränderungen zum ursprünglichen Entwurf deutlich werden. Die Verwaltung hatte die Beratung zu dem im September vorgestellten Entwurf angesichts der Gewinnwarnung der Volkswagen AG ausgesetzt, da mit erheblichen Einnahmeausfällen bei der Gewerbesteuer zu rechnen war. Zudem ergaben sich – noch während der Überarbeitung des Haushalts – weitere Haushaltsbelastungen durch die Mitteilung des Landes, dass die Stadt ab Januar 2016 selbst dauerhaft Flüchtlinge aufnehmen muss.

Oberbürgermeister Ulrich Markurth erläuterte, die Verwaltung habe in den vergangenen Wochen intensiv geprüft, wie die Ausfälle bei der Gewerbesteuer ausgeglichen werden könnten. Dabei war sie davon ausgegangen, dass gegenüber dem Entwurf aus dem September durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen etwa 120 Millionen Euro in den Jahren 2016 bis 2019 zu konsolidieren sind. Der neue Haushalt sehe zu einem Teil Einsparungen vor, die die Fachbereiche und auch die städtischen Gesellschaften erbringen. Zum anderen mache die Verwaltung Vorschläge, wie die Einnahmen durch die Erhöhung oder Wiedereinführung von Entgelten und Steuern gesteigert werden könnten.

Bei aller Dramatik der Zahlen habe die Verwaltung mit Augenmaß reagiert. Nach wie vor würden die Ausgaben des Investitionsprogramms (in 2016 über 100 Millionen Euro) auf hohem Niveau liegen, so dass die großen Themen Kinderbetreuung, Schulsanierung und Wohnen weitergeführt werden könnten. 62 Millionen Euro fließen bis 2019 in die Schulsanierung. Die Aufwandsbudgets der Fachbereiche werden gegenüber dem September-Entwurf des Haushalts vorübergehend reduziert, um insgesamt 15 Millionen Euro in den Jahren 2016 bis 2019. Darin enthalten ist auch eine Aussetzung der Zuschussdynamisierung im Sozial- und Kulturbereich für die Jahre 2016 und 2017 sowie hälftig in 2018. Dies soll 1,4 Millionen Euro ausmachen und könnte – bei besserer Einnahmesituation als derzeit erwartet – in den nächsten Jahren gegebenenfalls ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Die städtischen Gesellschaften geben 4,2 Millionen Euro in diesem Zeitraum weniger aus als bisher geplant.

Zugleich macht die Verwaltung Vorschläge, wie die Einnahmesituation verbessert werden soll. Den größten Betrag würde die Anhebung der Grundsteuer B um rund 10 Prozent (Hebesatz 500) bringen. Dadurch würden zusätzliche Einnahmen von rund fünf Millionen Euro jährlich erzielt. Weitere Beispiele für vorgesehene Einnahmesteigerungen sind die Erhöhung der Parkgebühren (rund eine Million Euro zusätzliche Einnahmen) sowie der Gebühren und Entgelte von Sportstätten (68.000 Euro), Musikschule (80.000 Euro), Stadtbibliothek (50.000 Euro) und im Friedhofs- und Bestattungswesen (240.000 Euro). Geiger erläuterte, dass beispielsweise die Grundsteuer nach der Erhöhung das bisherige Durchschnittsniveau anderer niedersächsischer Großstädte erreiche. Die Kostenerhöhung bei der Jahreskarte der Stadtbibliothek sei bereits von der Politik ins Spiel gebracht worden. Zudem schlägt die Verwaltung die Erhebung von Kindergartenentgelten vor. Dazu sagte Oberbürgermeister Markurth: Er habe die Entgeltfreiheit bekanntermaßen skeptisch

gesehen, da sie gegenüber Krippen- und Schulkindentgelten eine Ungerechtigkeit erzeuge. Der Vorschlag sieht vor, dass die etwa 5,7 Millionen Euro, die durch eine neue Sozialstaffel eingenommen werden könnten, nicht vollständig in die Konsolidierung fließen sollen, sondern lediglich 3,8 Millionen Euro. Der verbleibende Betrag soll in die Anpassung der Entgeltstruktur aller Kinderbetreuungsformen fließen und dazu verwendet werden, die Entgeltstaffel für Krippen und (künftig wieder) Kindergärten stärker sozialverträglich zu gestalten. Näheres dazu wird Anfang des Jahres im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgestellt. Markurth unterstrich, dass es beim Ausbau der Schulkindbetreuung gegenüber dem Haushaltsentwurf keine Abstriche gebe.

Mit den vorgeschlagenen Veränderungen zum Haushalt - und einer verbesserten Prognose für die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich - gelinge es, die erwarteten Gewerbesteuerausfälle auf den Planungszeitraum bis 2019 betrachtet insgesamt weitgehend auszugleichen. Dieses Ergebnis des Konsolidierungsprozesses im gesamten Konzern Stadt halte er angesichts der Summen, die einzusparen waren, für sehr beachtlich, sagte der Oberbürgermeister.

Gleichwohl werde sich durch die Mitteilung des Landes, dass die Stadt ab Januar 2016 selbst Flüchtlinge aufnehmen müsse, eine neue Haushaltsbelastung ergeben, die nicht durch die zuvor durchgeführte Konsolidierung aufgefangen werden könne, so der OB. Deswegen werde eine Kreditaufnahme in Höhe der nötigen Investitionen für Flüchtlingsunterkünfte von 25 Millionen Euro nötig. Außerdem müsse die Stadt aus heutiger Sicht voraussichtlich ab 2017 weitere Kredite aufnehmen, wenn sie nicht deutlich stärker von ihren Kosten entlastet werde. Die vorgesehenen Erstattungen seien möglicherweise für den ländlichen Raum ausreichend. Für Großstädte wie Braunschweig gelte das nicht, da diese insbesondere durch die Kosten der Unterkunft und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge deutlich stärker belastet seien. Dazu komme, dass die Erstattungen erst mit zwei Jahren Zeitversatz kämen.

Insgesamt rechnet die Stadt derzeit bis 2019 mit nicht erstatteten Kosten von rund 95 Millionen Euro. Der Oberbürgermeister: „Mit den vorhandenen Mitteln können wir den Haushalt dauerhaft nicht ausgleichen. Wie die anderen Städte sind wir solidarisch und machen unsere Arbeit: Wir bringen die Flüchtlinge unter und kümmern uns um die Integration. Doch der Bund und das Land müssen im Gegenzug finanziell dafür aufkommen, denn dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf Kosten anderer wichtiger Aufgaben der Stadtentwicklung gehen darf!“

(Anlage)

Eckdaten des überarbeiteten Haushaltsplanentwurfes 2016

zur Vorstellung im Rat der Stadt Braunschweig
am 21. Dezember 2015

Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. Chronologie der Ereignisse
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik
- V. Jahresergebnisse
- VI. Investitionshöhe
- VII. Finanzierung
- VIII. Einzelvorhaben

Ziel: Trotz massiv erschwerter Rahmenbedingungen
Beibehaltung der Grundstruktur des
Haushaltsplanentwurfs → „**Wachsende Stadt**“

Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. **Chronologie der Ereignisse**
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik
- V. Jahresergebnisse
- VI. Investitionshöhe
- VII. Finanzierung
- VIII. Einzelvorhaben

Folie 3

Chronologie der Ereignisse seit Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs

14. Sept.	Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs 2016
23. Sept.	Gewinnwarnung bei Volkswagen ➤ Aussetzen der Haushaltsberatungen
29. Sept.	➤ Eingeschränkte Haushaltssperre für das Jahr 2015
5./6. Nov.	Ergebnis der Steuerschätzung und Ermittlung der Auswirkungen auf den Kommunalen Finanzausgleich
10. Nov.	Ratsmitteilung und Pressemitteilung zu Steuerschätzung und Konsolidierungsabsicht (Volumen 2016-2019: 128 Mio. €)
Ende Nov.	Wesentliche Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung liegen vor
16. Dez.	Abschluss des internen Konsolidierungsprozesses
Anfang Dez.	Mitteilung verbindlicher Flüchtlingszahlen durch das Nds. MI

Folie 4

Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. Chronologie der Ereignisse
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)**
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik
- V. Jahresergebnisse
- VI. Investitionshöhe
- VII. Finanzierung
- VIII. Einzelvorhaben

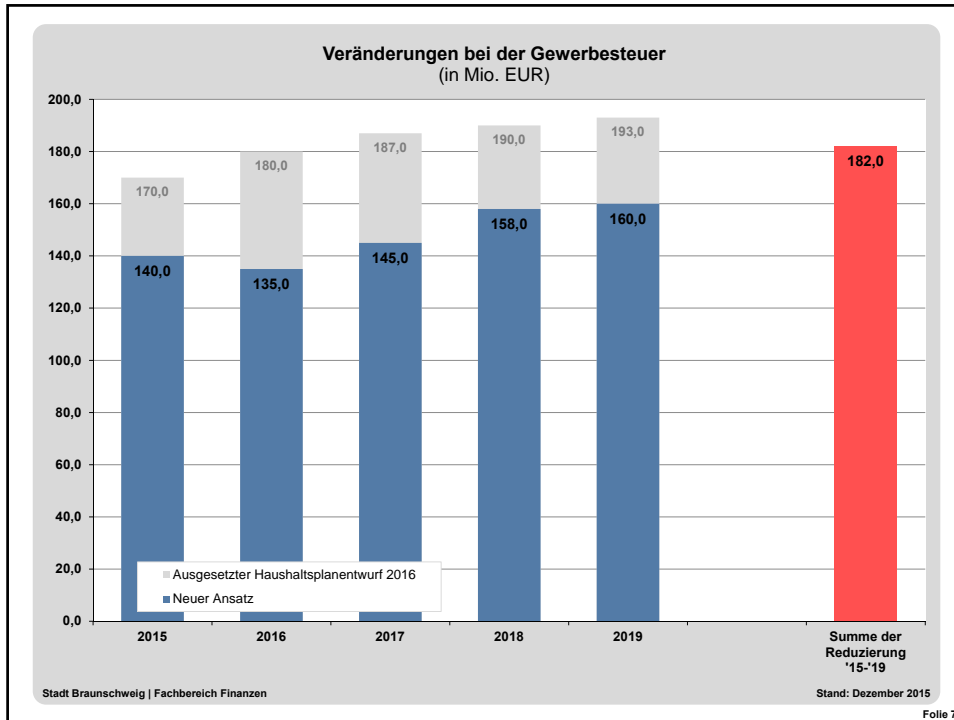
Folie 5

Gewerbesteuer ist weiterhin wichtig

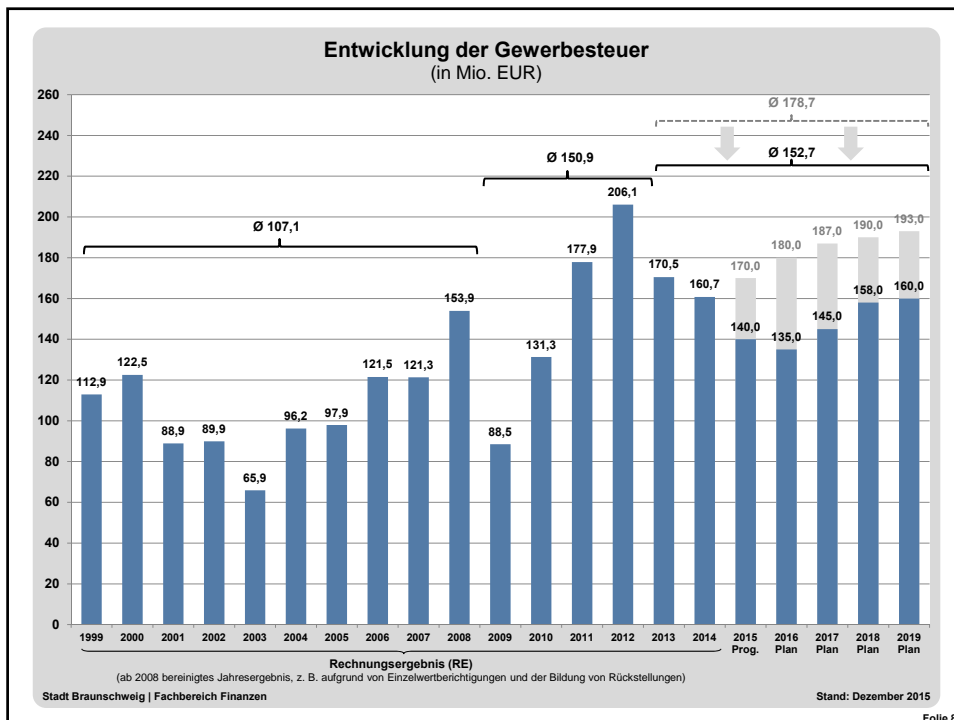
Planung deutlich geringerer Gewerbesteuererträge, die allerdings bis 2019 wieder ansteigen (in etwa auf das Niveau zum Ende des Jahres 2014)

→ vorsichtig optimistische Prognose

Folie 6



Folie 7



Folie 8

Vorgeschlagene Ertragsverbesserungen (Auswahl)

- Anhebung der Grundsteuer B um 10%: **+ 5 Mio. € p. a.**
- Umstrukturierung der Entgelte für Kinderbetreuung (Nettoentlastung des Haushaltes um **3,8 Mio. € p. a.**)
- Anhebung der Parkgebühren für städtische Tiefgaragen und Parkflächen um 20% und Ausweitung der Parkzeiten: **+ 1.060 T€ p. a.**
- Anhebung der Friedhofs- und Bestattungsgebühren um durchschnittlich rd. 20%: **+ 240 T€ p. a.**
- Anhebung der Musikschulgebühren (um rd. 10%): **+ 80 T€ p. a.**
- Anhebung der Entgelte für Sportstättennutzungen um 20%: **+ 68 T€ p. a.**
- Anhebung der Benutzungsgebühr für die Stadtbibliothek um 3 € auf 15 € (+ 25%): **+ 50 T€ p. a.**

Folie 9

Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. Chronologie der Ereignisse
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)**
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik
- V. Jahresergebnisse
- VI. Investitionshöhe
- VII. Finanzierung
- VIII. Einzelvorhaben

Folie 10

Vorgeschlagene Aufwandsabsenkungen

- Aufwandsbudgets: - **15,0 Mio. €**, z. B. durch:
 - Aussetzen der Zuschussdynamisierung (2016 + 2017 vollständig, 2018 zur Hälfte): - **rd. 1,4 Mio. €**
- Städtische Gesellschaften: - **4,2 Mio. €**

(jeweils Summe der Jahre 2016 bis 2019)

Folie 11

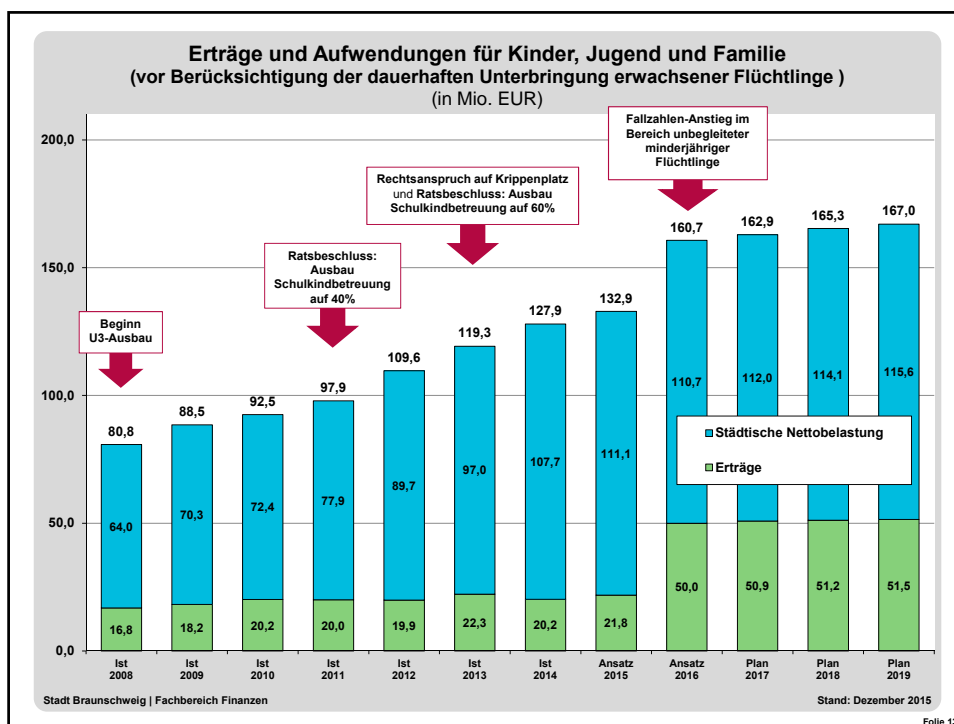
Der Bereich Kinder, Jugend und Familie hat weiterhin Priorität.

Rund **20%** der
Gesamtaufwendungen
fließen in den Bereich
Kinder-, Jugend- und Familie.

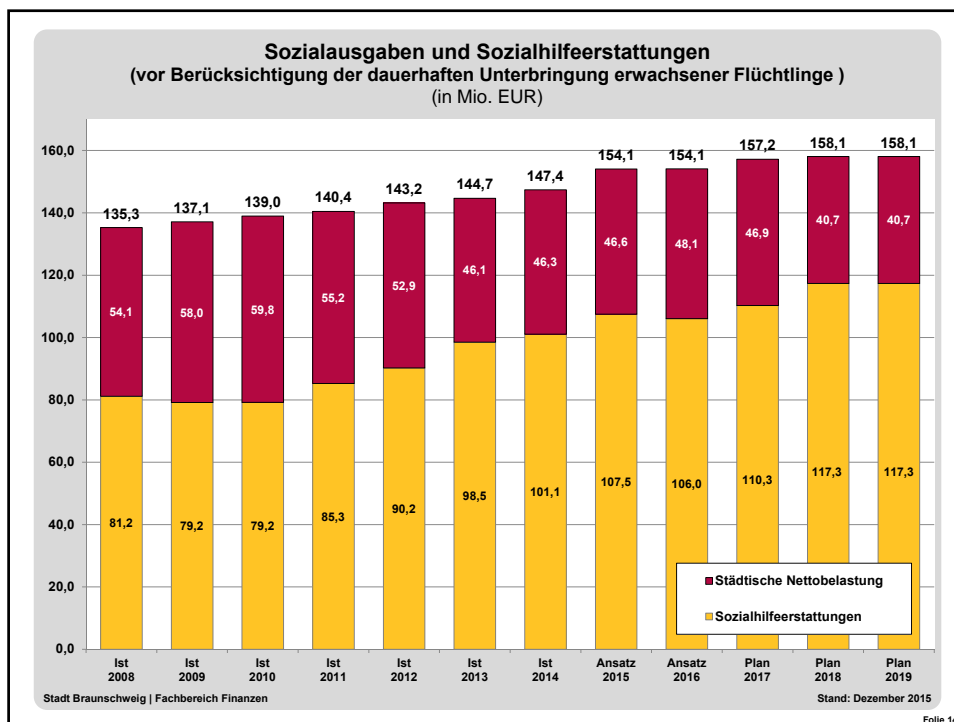
Grundsatzbeschlüsse gelten weiter.



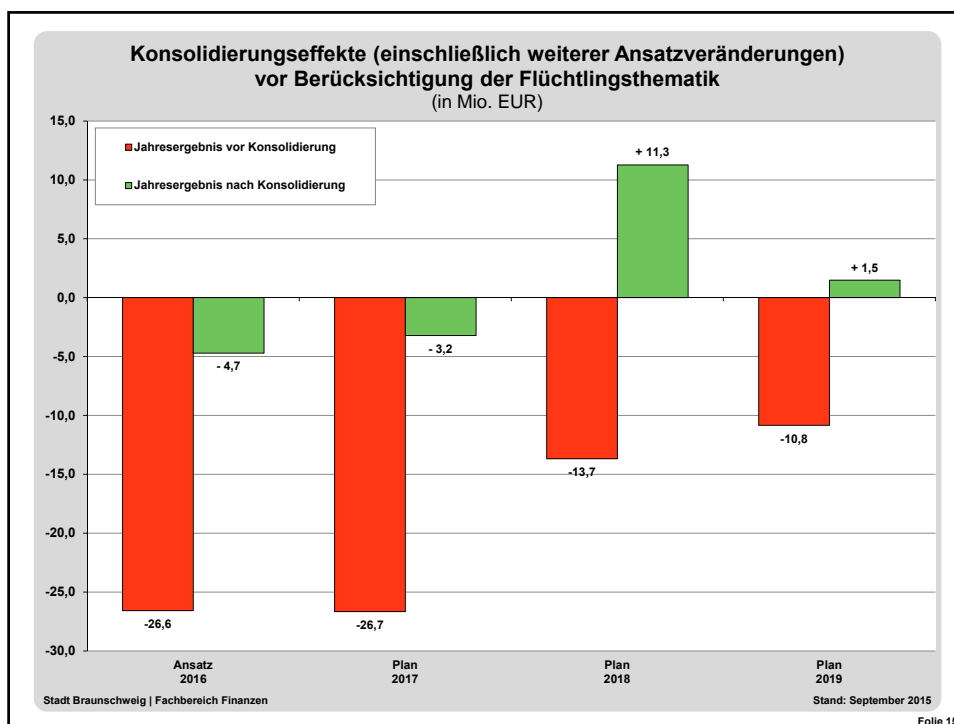
Folie 12



Folie 13



Folie 14



Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. Chronologie der Ereignisse
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik**
- V. Jahresergebnisse
- VI. Investitionshöhe
- VII. Finanzierung
- VIII. Einzelvorhaben

Folie 16

Aufnahme von Flüchtlingen

- Neue Herausforderung (seit Anfang Dezember): Dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in kommunaler Zuständigkeit
- Mitteilung des Landes: **437 Personen bis 31.03.2016** (Stand: 09.12.2015)
- Eigene Annahme: **1.000 Personen pro Jahr**



Folie 17

Zentrale Kosten- und Erstattungsannahmen

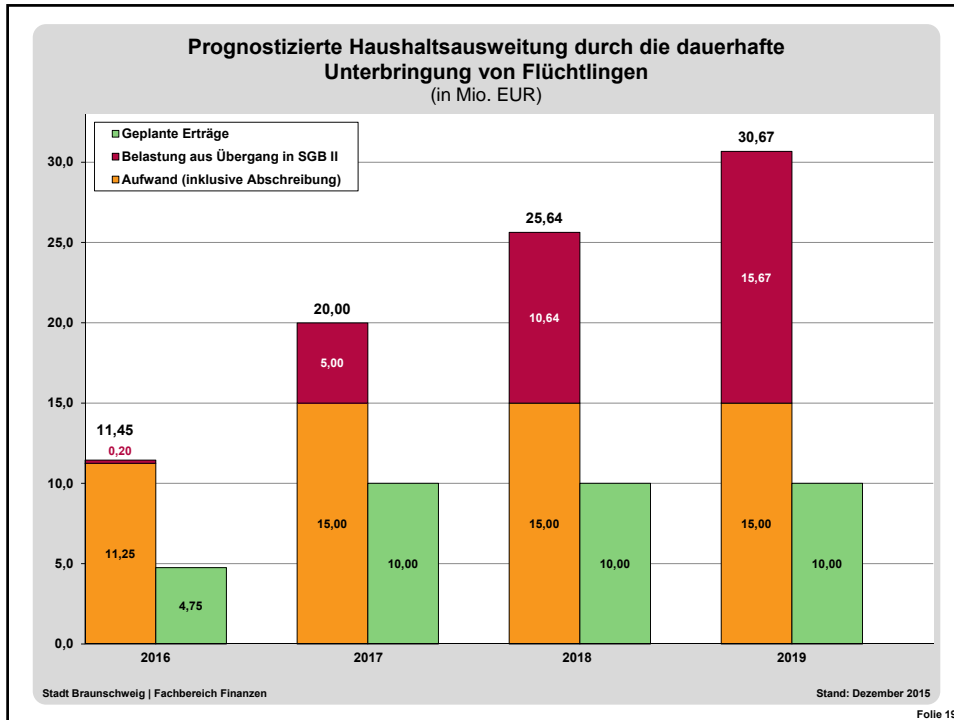
1. Asylverfahren (ca. 1 Jahr):

- Laufende Kosten
 - **15.000 €** pro Person und Jahr
 - Staatliche Erstattung: **rd. 10.000 €** pro Person und Jahr
 - beinhaltet Kosten für u. a. Wohnen, Verpflegung und Gesundheit
- Bau von Unterkünften
 - Investitionskosten von geschätzt **25.000 € pro Platz**
 - Finanzierung durch die Stadt Braunschweig

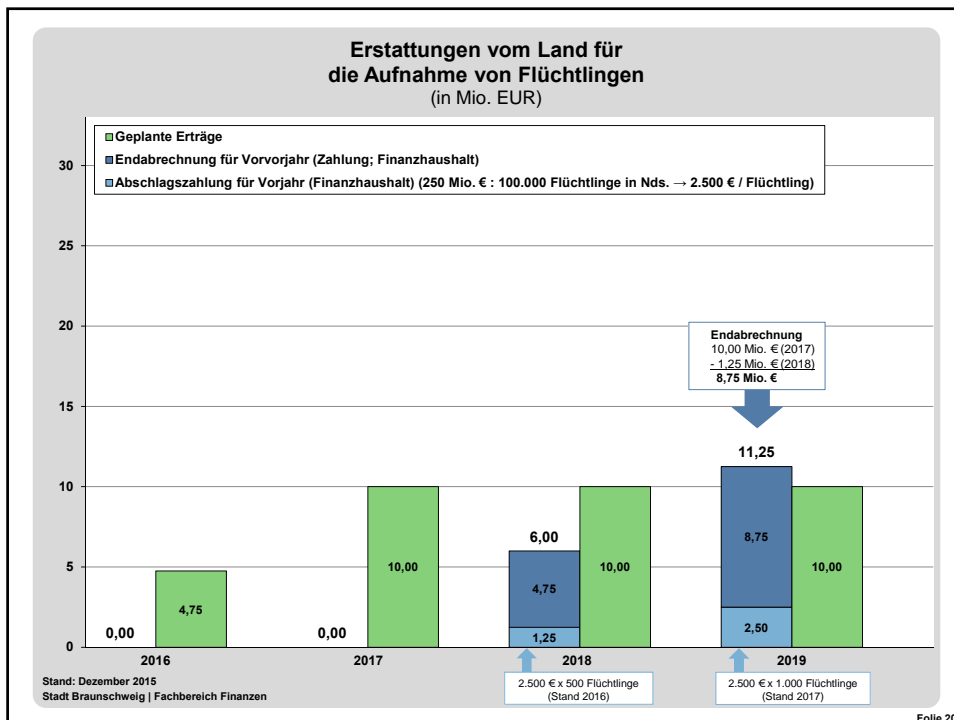
2. Nach Abschluss des Asylverfahrens

- Weitere Nettobelastung durch Übergang in SGB II (Hartz IV)

Folie 18



Folie 19



Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. Chronologie der Ereignisse
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik
- V. Jahresergebnisse**
- VI. Investitionshöhe
- VII. Finanzierung
- VIII. Einzelvorhaben

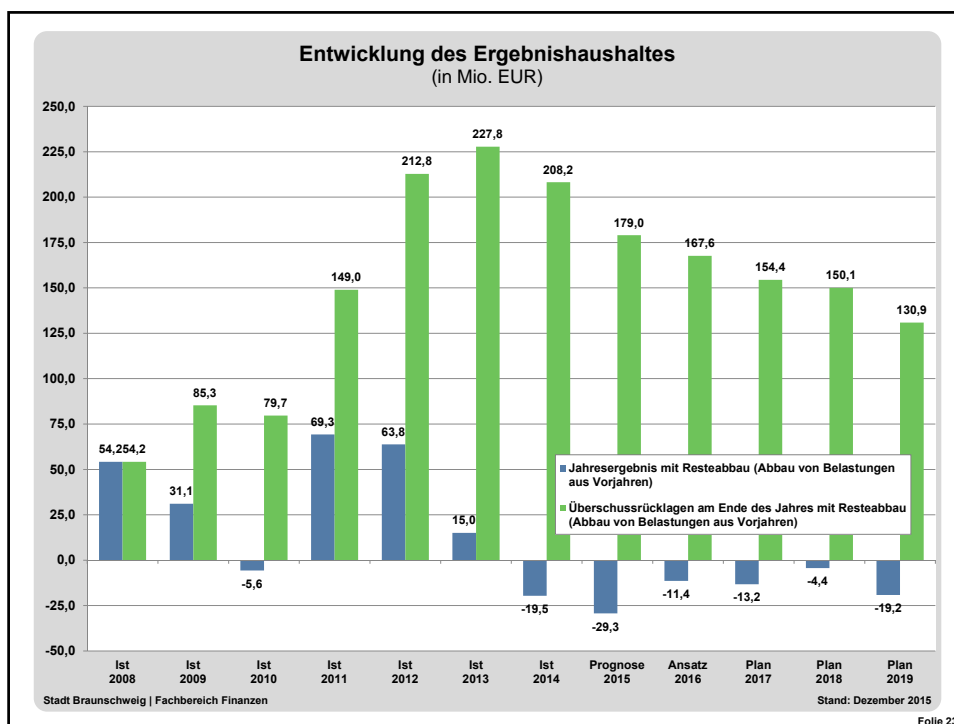
Folie 21

Im Finanzplanungszeitraum bis 2019 wäre bei anhaltend guter Konjunktur sowie aufgrund der Haushaltskonsolidierung in der Summe ein ausgeglichener Haushalt darstellbar.

Allerdings:

Zusätzliche Belastungen durch Flüchtlingskosten führen bei derzeitiger Kostenerstattung durch Bund und Land zu Jahresfehlbeträgen.

Folie 22



Folie 23

Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. Chronologie der Ereignisse
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik
- V. Jahresergebnisse
- VI. Investitionshöhe**
- VII. Finanzierung
- VIII. Einzelvorhaben

Folie 24

Hohes Investitionsniveau

→ „Wachsende Stadt“

Investitionshöhe auch nach Konsolidierung über dem Werteverzehr (Abschreibungen), d. h. nicht nur Erhalt, sondern auch Schaffung neuen Vermögens.

Neu seit ursprünglichem Entwurf:

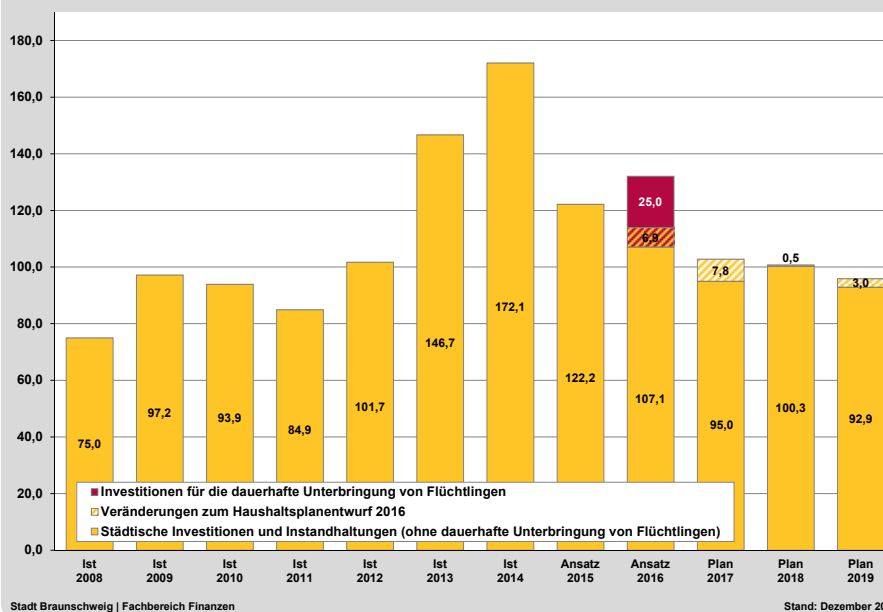
Zusätzliche geschätzte Investitionskosten von 25 Mio. € bis 2019 für Flüchtlingsunterbringung.

Allerdings inhaltlicher Schwerpunkt:

Phase des Erhalts der vorhandenen Infrastruktur
(insbesondere Sicherheit)

Folie 25

Städtische Investitionen und Instandhaltungen (in Mio. EUR)



Folie 26

Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. Chronologie der Ereignisse
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik
- V. Jahresergebnisse
- VI. Investitionshöhe
- VII. Finanzierung**
- VIII. Einzelvorhaben

Folie 27

Finanzierung

- Kreditaufnahme weiterhin wie im Entwurf in Höhe Nettoneuverschuldung 0 im Planungszeitraum (vor Berücksichtigung der Flüchtlingsthematik)
- Zweckgebundene Kreditaufnahmen in Höhe von 25 Mio. € in 2016 zur Finanzierung der Flüchtlingsunterkünfte
- Weiterer Liquiditätsbedarf in den Jahren 2017 bis 2019

Folie 28

Neuer Haushaltsplanentwurf 2016

Gliederung

- I. Chronologie der Ereignisse
- II. Veränderungen der Erträge („Einnahmen“)
- III. Veränderungen der Aufwendungen („Ausgaben“)
- IV. Auswirkungen der Flüchtlingsthematik
- V. Jahresergebnisse
- VI. Investitionshöhe
- VII. Liquidität und Kreditaufnahme
- VIII. Einzelvorhaben**

Folie 29

Investitionen in die Standortqualität

→ „Wachsende Stadt“

- A) Wohnen
- B) Wissenschaft und Bildung
- C) Weitere bedeutende Projekte

Folie 30

Investitionen in die Standortqualität

- A) Wohnen
- B) Wissenschaft und Bildung
- C) Weitere bedeutende Projekte

Folie 31

A) Wohnen

Bis zum Ende des Planungszeitraumes ist vorgesehen, die Grundlage für über 5.000 neue Wohneinheiten zu schaffen.

▪ Private Investitionen

u. a.

- Baugebiet „Langer Kamp“ (Volksbank BraWo)
- Heinrich-der-Löwe-Kaserne (Kanada Bau AG)
- Vor den Hörsten (Volksbank BraWo)
- Greifswaldstraße (BBG)

Folie 32

A) Wohnen

▪ Städtische Gesellschaften

▪ Nibelungen Wohnbau GmbH

- Neubauvorhaben Alsterplatz: 58,2 Mio. €
- Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet: 54,7 Mio. €

▪ Städtische Investitionen (2016 - 2019)

- Sanierungsgebiete: 16,1 Mio. €
Soziale Stadt „Westliches Ringgebiet“ und „Donauviertel“
- Bau von Straßen/Wohnungsbau: 14,1 Mio. €
(z. B. Bau der Stadtstraße im nördlichen Ringgebiet)

Folie 33

Investitionen in die Standortqualität

- A) Wohnen
- B) Wissenschaft und Bildung**
- C) Weitere bedeutende Projekte

Folie 34

B) Wissenschaft und Bildung

- **Staatliche Investitionen**
 - **Ministerium für Wirtschaft und Kultur (MWK)**
 - Infrastruktur Hochschulpaket Invest (HP-Invest):
115 Mio. € für Hochschulsanierungen in Niedersachsen,
davon rd. 9 Mio. € für TU und HBK
 - **Land Niedersachsen**
 - Sanierung des Herzog Anton Ulrich-Museums:
ca. 32 Mio. €
 - **TU Braunschweig**
 - BRICS-Neubau (Braunschweiger Zentrum für
Systembiologie): ca. 26 Mio. € (im Bau)
- **Städtische Gesellschaften**
 - **Nibelungen Wohnbau GmbH**
 - Wilhelm-Bracke-Gesamtschule: 39,2 Mio. €

Folie 35

B) Wissenschaft und Bildung

Städtische Investitionen (2016 - 2019)

Schulen: 64,8 Mio. €

- Schulsanierungen (insb. Brandschutz): 62,4 Mio. €
z. B. der RS JFK, Gy HvF, Gy MK,
IGS Franzses Feld, GHS Rün-
ningen, HS Sophienstraße
- Nibelungenschule sowie Erwei-
terung IGS Querum: 2,4 Mio. €



Sanierung der Hauptschule Sophienstraße

Folie 36

Investitionen in die Standortqualität

- A) Wohnen
- B) Wissenschaft und Bildung
- C) Weitere bedeutende Projekte**

Folie 37

C) Weitere bedeutende Projekte

- **Private Investitionen**
 - **Büro/Handel**
 - Lilienthalhaus: ca. 15 Mio. €
 - **Hotellandschaft**
 - B&B
 - Intercityhotel
 - Kongresshotel Stadthalle (in Planung)

Folie 38

C) Weitere bedeutende Projekte

▪ Städtische Gesellschaften (2016 – 2019)

▪ Verkehrs-GmbH: 92,6 Mio. €

(Förderquote: 38%)

- Stadtbahnersatzbeschaffungen: 18,0 Mio. €
- Omnibusbetrieb (Busbeschaffungen): 13,0 Mio. €
- Echtzeitanzeige (VRB-Projekt): 7,5 Mio. €
- Sanierung Bus-Betriebshof Lindenberg: 13,1 Mio. €
- Infrastruktur Stadtbahn: 23,0 Mio. €
(Glissanierungen u. a.)

▪ Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

- 2-Standorte-Konzept: 44,0 Mio. €

Folie 39

C) Weitere bedeutende Projekte

Städtische Investitionen (2016 - 2019)

Straßen und Brücken: 35,8 Mio. €

- **Bau von Straßen/Gewerbe :** 5,3 Mio. €
(z. B. Fichtengrund)
- **Sanierung/Umbau v. Straßen:** 18,4 Mio. €
(z. B. des Messeweges sowie des Ägidienmarktes/Stobenstraße)
- **Brückensanierung/-bauten:** 12,1 Mio. €
(Erneuerung z. B. der Hennebergbrücke, der Brücke Marienberger Straße)



Folie 40

C) Weitere bedeutende Projekte Städtische Investitionen (2016 – 2019)

Brandschutz 12,0 Mio. €

Rettungsleitstelle 10,9 Mio. €



Folie 41

C) Weitere bedeutende Projekte Städtische Investitionen (2016 – 2019)

Ringgleis

3,5 Mio. €



Folie 42

**Weiteres
Vorgehen!**

Folie 43

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Folie 44